

Berliner Tageblatt

Nr. 291

und Handels-Zeitung

53. Jahrgang

Verleger: Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Vertrauensvotum für Herriot.

Mit 313 gegen 234 Stimmen.

Der Verlauf der Debatte. — Die vernichtende Niederlage De Trocuer und Reibels. — Prägung am Schluss der Sitzung. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 20. Juni.

Die Kammer hat um 12 Uhr nachts das Vertrauensvotum mit 313 gegen 234 Stimmen für Herriot angenommen. Das Votum erfolgte nach einer fünfminütigen Sitzung, die zweimal unterbrochen werden mußte und am Schluß mit einem wichtigen Fauststapel zwischen Kommunisten und Sozialisten endete. Der Ministerpräsident Herriot erläuterte die Regierungserklärung durch eine zweifelhafte Rede, die zum Teil eine vernichtende Anklage gegen einige Minister der bisherigen Regierung und eine scharfe Kampfanzeige gegen die Rechte war.

Die Zeitungen der linken Herriot, der sich gestern als ein Führer bewährt habe. Auch ein Teil der gemäßigten Zeitungen gesteht dem neuen Ministerpräsidenten wenigstens zwei Eigenschaften zu: „Große Sachkenntnis und unbedingte Ehrlichkeit.“ Aus den Zeitungen Herriots und über den Verlauf der Sitzung, aber die bereits kurz im Morgenblatt berichtet wurde, ist noch einiges nachzutragen. Herriot sprach über die drei Hauptfragen: Das Verhältnis zum Vatikan, die Finanzpolitik und die auswärtige Politik. Er wies den Vorwurf zurück, daß er durch die Aufhebung der Weisheit beim Abschluß der Kirche beleidigen wolle. „Ich habe nach dem Worte der Schrift: Mein Deus ist ein Zempel. Ich aber habes zu einer Deuschelbühle gemacht.“ Die republikanische Anknüpfung wollte die Trennung von Staat und Kirche. Dieser Anknüpfung werde er dienen.

„Als der Deputierte Rollin ihn zurief: „Ein Ministerpräsident darf nicht so sprechen, um antwortete Herriot: „Wenn der Reiter einer Regierung ein christlicher Mann sein will, dann darf er nicht gegen die Katholiken handeln, die er als Führer der Opposition verteidigt hat.“ Er hätte das Recht, mich zu verachten wenn ich anders denken und handeln wollte.“ Die gesamte Linke applaudierte stürmisch, aber die Rechte lärmte und protestierte. Der General de Saint-Juht und der nationalistiche Deputierte Audry d'Asson schrien, daß Herriot dem Bürgerkrieg herausfordere, und sie werden in ihnen Anzeichen zu sehen, daß die Republikaner Herriot, ein Mitglied des linken Flügel der Linken ihnen zurufe: „Die Generale sollen jetzt schweigen: die Zeit des Wortens ist vorüber!“

Dieser unvorzügliche Jurist entsetzt einen Sturm auf der Rechten. Einige Deputierten rufen dem Kriegsminister Rollet zu, er möge antworten, andere bringen mit erhobenen Fäusten gegen die Redaktionen vor. Der Vorsitzende Poincaré rief Herriot zur Ordnung. Es gelang aber nicht, die Debatte wiederherzustellen. Er legt seinen Hut auf und unterbricht die Sitzung. Die Tribünen werden geräumt. Ehe die Zuhörer den Saal verlassen, sehen sie noch, daß einige nationalistiche Deputierten den Sozialisten zu Leibe gehen.

Nachdem die Sitzung wieder begonnen hat, erklärt Reynaud, er habe kein Mitglied der Kammer gemeint. Poincaré bittet die Kammer, an ihre Würde zu denken und Ruhe zu bewahren. Herriot unterbricht diese Bitte und sagt seine Rede fort. Er antwortet jetzt den Kritikern der neuen Finanzpolitik, den Herren Lafont und de Trocuer. Die Antwort für De Trocuer ist fast vollständig. „Herr Lafont“, sagt Herriot, „die neue Regierung hat das gleiche Interesse wie die frühere Regierung an der guten Finanzanlage Frankreichs. Sie will nur eine andere Methode anwenden. Es darf keine französischen Zeitungen geben, die aus politischen Gründen die Spekulation gegen den Franc unterstützen. Die Steuer auf das Kapital müsse durch eine gerechte und kontrollierbare Anwendung der Einkommensteuer ergänzt werden, denn die Einkommensteuer in ihrer jetzigen Form sei mit Recht von den Kritikern der Steuer der Zukunft genannt worden. Der frühere Minister De Trocuer muß es sich gefallen lassen, daß ihm gesagt wird: „Ihre Zahlen sind falsch, Herr De Trocuer, dies leicht wissen Sie es selbst nicht genau, daß Sie nicht zu rechnen verstehen. Aber das Land hat es gehört.“ Sie sollten mit Ihren Redaktionen etwas vorrichten sein.“ Herriot De Trocuer will der frühere Minister der „belebten Gebiete“, Charles Reibel, zu Hilfe kommen. Er wird von der Linken mit Protest empfangen, aber Herriot bittet durch eine Handbewegung um Ruhe und legt durch einige Worte Reibel so zu, daß dieser schließlich Poincaré beschämt zum Namen muß. Reibel hat betont, daß Frankreich alles getan habe, um Lieferungen zu erhalten, und daß nur durch die Schuld Deutschlands die Lieferungen nicht groß genug gewesen seien. Er ruft Herriot mit verlegener Stimme zu: „Ich stehe nicht auf dieser Tribüne, um Deutschland zu vertheidigen!“

Die Linke ruft: „Freiheit!“, aber Herriot winkt ab: „Ich brauche mich gegen solche törichten Angriffe nicht zu verteidigen,“ sagt er. „Herr Reibel muß ich Ihnen die Dinge, von denen er spricht, nicht kennt. Was haben die Herren früher Ministerium nicht einmal gemacht? Herr Reibel, und immer nur nachsprechen. Was haben die anderen vorgeschlagen? Ich sage Sie an, Herr Reibel, Sie, der Sie mir eine Session in Parisismus geben wollen, daß Sie 750 Millionen, die Frankreich erhalten konnte, einfach weggeworfen haben.“

Reibel will protestieren, legt sich aber wieder hin, als die Linke ihm zurufe: „Still bleiben, zuhören!“

Herriot: „Sie wünschen noch mehr zu hören. Bittet Sie sollen befreit werden. Deutschland hat keine Lust zu liefern gehabt! Das ist möglich. Aber von einer Lieferung weiß ich wenigstens — und sie ist Herrn Reibel genau bekannt — die geliefert werden sollte. Deutschland wollte für 117 Millionen Francs Automobille liefern. Die deutsche Industrie war bereit dazu. Als die Lieferung erfolgen sollte, wurde sie von Ihnen abgelehnt. Herr Reibel, am Rücksicht auf die französische Konkurrenz! (Lärm links. Bewegung rechts.)

Die Deputierten sehen Herrn Reibel und Reibel an. Herr Reibel stammelt einige Worte. „Aber Sie deutet an, daß er nichts sagen will. Die Linke ruft: „Die sind es!“

Dann sprach Herriot von der äußeren Politik. „Die Regierung hat den Schwerehändigendertsch an denommen und wird sich über die Bedingungen der Durchführung mit MacDonald einigen. Heber die Garantien, die zu verlangen sind, gibt der Bericht sehr Auskunft. Sie sind doppelter Art: Die Sicherheiten für die praktische Anwendung des Vertrauens, und die Garantien für den Fall, daß Deutschland später die angenommenen Bedingungen nicht einhält. Ich beiden Fragen glaube ich mit MacDonald vollkommen einig zu sein.“ sagte Herriot. „Ich bin überzeugt davon, daß dieser Mann, einer der tüchtigsten und zuverlässigsten Staatsmänner, meine Gedanken billigen wird; denn wir wollen beide den Frieden. Wir können doch nicht verlangen, daß zwei Völker wie Frankreich und England, stets einander gleich sein sollen. Wir dürfen nichts hoffen, das sie durch ihre gemeinsamen Erfahrungen sich ergehen, um so dem Ziele entgegenzugehen. Dieses Ziel ist Frieden.“ (Großer Beifall.) Herriot schließt: „Die Regierung fühlt, daß sie von einer sehr großen Mehrheit des Landes geliebt wird. Wenn Sie, meine Herren auf der Rechten, dieses Gefühl nicht teilen, dann wird die Ruhe im Juniern durch ihren Widerstand nicht gefährdet werden. Wir bleiben unseren Anschauungen treu.“

Die Sitzung wird für eine Stunde aufgehoben. Als sie wieder beginnt, ist die 11. Stunde gekommen. Es handelt sich nur noch um Erklärungen einiger Deputierter und um die Abstimmung. Die Erklärungen sprachen einige Bedenken gegen die Anwendung des Vertrauensgesetzes im Falle aus. Das Schloß brauche in der Kirchenfrage eine Ausnahmebehandlung. Herriot lehnte die Hilfe ab. Das Gesetz Frankreichs müsse allmählich auch im Falle Geltung haben. Danach werden die drei Tagesordnungen gelesen: zwei radikale für das Vertrauen, eine dritte, die von dem gemäßigten Deputierten Florentin eingereicht ist, ohne den Ausdruck des Vertrauens. Die Regierung nimmt die längste Tagesordnung an, die von den Deputierten Binard ist und der sich auf die Sozialisten anzieht. Der Wortlaut wurde bereits vorgelesen mitgeteilt. Er lautet: „Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und vertraut darauf, daß die durch die allgemeine Abstimmung am 11. Mai verlangte Politik bewirkt wird.“ Herriot stellt für die Priorität der Abstimmung die Vertrauensfrage. Ehe aber noch die Abstimmung beginnen kann, kommt es durch die Schuld der Kommunisten zu einer unehrerlichen Szene. Der Kommunist Garçery verliest eine Erklärung, in der das Parlament als unfähig und der Wut der Linksparteien als vollkommen impotent bezeichnet wird. Als Garçery von der Tribüne auf seinen Platz zurücktritt, wird er von den Sozialisten zu einer regerischen Begeißelung im Gange. Fausthiebe, Gebärden und dem Reib trägt und läßt ihn um den Kopf wirteln. Die Kommunisten stellen sich die Hände und lassen die Sozialisten an. Der Präsident bemüht sich die Redaktionen, die Kämpfer zu trennen. Es bleibt dem Präsidenten nichts anderes übrig, als die Sitzung auszuhelben und die Tribünen räumen zu lassen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte der der radikalen Linken (Partei Louchere) angehörige Abg. Maradix, seine Rede nicht mehr vorzubehalten. Er erklärte das Programm der Regierung, namentlich in der Frage der Aufhebung der Weisheit beim Vatikan, spreche sich jedoch das Vertrauen aus. Darauf wird zur Abstimmung geschritten.

Amerikanischer Beifall für Herriot.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

New-York, 20. Juni.

Sämtliche Herriot dringen ausföhrliche Berliner Depeschen über das Gese, das Herriots Erklärungen in Deutschland gefunden haben. Hier wird Herriots Politik in allen Kommentaren ohne Einschränkung gebilligt. Es gibt darüber gar keine Meinungsverschiedenheit. Die „New York Times“, „Herald“ und „Tribune“ und die Herriots-Presse folgen übereinstimmend. Frankreich habe seinen guten Willen bewiesen. Nunmehr müsse man auch von deutscher Seite Verständnis für die internationalen Austauschverhältnisse aufgebracht werden. Die Wichtigkeit der französischen Anträge aufgeführt. Trotzdem herrschen vorwiegend optimistische Erwartungen bezüglich der Weiterentwicklung. Der dem Völkerverständnis entsprechende amerikanische Weltanschauung, gerade jetzt eine erneute Erörterung der europäischen Abstraktionsfrage veranlaßt. Im Zusammenhang damit ist die Debatte über Coolidges Plan einer neuen Seetransportkonferenz aktuell geworden. Die „New York Times“ betonen in einem Leitartikel, der Abwicklungsplan sei nicht mehr diskutierbar. England und Amerika seien bereits einig über die Notwendigkeit einer weiteren Einschränkung der Seetransporte. (Siehe auch Seite 2.)

Der Türke und seine Republik.

Von unserem Korrespondenten Carl Endres.

Konstantinopel, im Juni.

Ein deutscher Republikaner kann nur mit Reid auf den republikanischen Geist blicken, der in der Türkei herrscht. Wenn wir in Deutschland unter republikanischen Regierungen zählen, dann brauchen wir das Dezimalsystem noch nicht. Wir brauchen nur unsere Finger zum Abzählen. Und hier: ein ausgezeichnetes Offizierskorps, Kriegermut und politisch gar nicht hervortretend, das vom ältesten General bis zum jüngsten Leutnant mit einer prachtvollen Selbstverpflichtung... republikanisch ist.

Mustapha Kemal hat Sulkanat und Kalfat befehligt und sein Offizierskorps ist durch die und dünn mit ihm gegangen. Es sind grundsätzlich und mit einer in solchen Tagen nicht zu vermeidenden Güte alle Elemente rüchlichlos entfernt worden, die nicht für die femalisch-republikanische Idee waren. Aber... es sind so zahlreiche überlegene Republikaner übrig geblieben, daß die Offiziere einer recht großen Armee mit ihnen besetzt werden konnten.

Und diese Armee sieht heute besser aus, als sie seit einem Menschenalter jemals ausgesehen hat. Ich kenne die türkische Armee vom Balkanfrage und von den ersten Jahren des Weltkrieges her. Stets war ihre Tapferkeit über allem Lob erhaben. Der anatolische Bauer ist ein unvergleichlich guter, unergründlich strapazen mit vollendetem Gleichmut der türkische Offizier war stets ein treuer, hilfsbereiter und sehr bescheidener Kamerad. Aber die Ordnung innerhalb der Truppe ließ früher viel zu wünschen übrig.

Das ist nun ganz anders geworden. Die Offiziere sind ungeheuerlich angezogen, zerlumpte Soldaten sieht man nicht mehr. Die Truppe erscheint in musterhafter Ordnung. Wenig ist sich eine belpannte Batterie, an der auch das ultramodern eingestellte Auge eines alten Soldaten nicht die kleinste Mängel feststellen konnte. Die Moral von der Weisheit: auch eine republikanische Armee kann die besten Formen annehmen, die man in Deutschland genügt ist, nur bei einer moralisch-ethischen Voraussetzung. Diese türkische Armee ist ein scharfes Werkzeug der türkischen Republik und des republikanischen Gedankens. Soll man da nicht etwa neidisch sein?

Ich habe mit Beamten aller Art gesprochen, auch mit solchen, die bei sehr farglicher Bezahlung ihre Familie kaum ernähren konnten. Sie hoffen alle auf Besserung der allgemeinen Verhältnisse, aber... republikanisch waren sie alle. „Unsere junge Republik“, das war ihre Trost für augenblicklich schlechte Lage. „Unsere republikanische Türkei“, das war ihre Hoffnung für spätere Tage. Soll man da nicht ein wenig neidisch sein?

Ich übertreibe nicht, und ich gehöre weder nicht zu jenen Freunden des türkischen Volkes, die ihre Freundschaft durch Schmeicheleien zu beweisen trachten. Im Gegenteil. Meine Kritik ist oft scharf, weil ich die ebenso unangenehme wie unpraktische Eigenschaften habe, nicht lügen zu können. Im so mehr hat das vielleicht Gewicht, was ich mit rüchlicher Anerkennung hervorhebe. Der Türke ist der türkischen die wir Deutsche nicht durchgehenden. Wir trüben unsere Patriotismus um die Verlogen des Herrschers oder um ein durch Tradition zum Gewohnheit gewordenem System. Wir können nicht dem deutschen Land zu liebe republikanisch sein, wenn wir unser Leben lang monarchistisch waren. Dem Türken ist die Staatsform eine Frage der Zweckmäßigkeit. Er erkennt, daß sein heiliger Wunsch nach Fortschritt (ein Wunsch, der in fast allen Ländern geradezu lobend) nur auf republikanischer Wege Erfüllung finden kann. Und sich selbstverständlich für den Türken, daß er Republikaner ist.

Könnte man das doch auch von uns Deutschen sagen! Und dieser rechte und echte Patriotismus ist auch jene Grundlage, die, trotz aller ungeheuren Schwierigkeiten, das türkische Volk lebensfähig erhält. Man kann sich, wenn man die Verhältnisse nicht kennt, kaum eine Vorstellung davon machen, welche Fülle von Arbeit Mustapha Kemal und seine Republikaner noch vor sich haben, um das aus Volk und Land in der Praxis zu machen, was ihnen in der Idee vorwärts.

Eine deutsche Republik hatte es viel leichter. Hier in der Türkei muß alles neu geschaffen werden, bei sehr beschränktem Mitteln und bei allgemeinen Kultur- und Zivilisationsverhältnissen, die noch sehr rückständig sind, bei einer Volkshemden, deren konservative Einstellung allem neuen a priori Widerstand leistet. Der republikanische Gedanke hat auch hier die größten Belastungsproben durchzuhalten. Aber er findet seine Stütze in dem Willen und Hoffen der besten des Landes.

Und dieses Willen und Hoffen, dieses inkonfidente Verständnis für Freiheit und Fortschritt wirkt auch auf den sympathisch, dessen Weltanschauung im übrigen anders geartet ist. Eine orientalische Republik wird anders sein müssen als eine europäische. Das ist selbstverständlich.

Diese türkische Republik ist auch keineswegs in ihrer Außenpolitik imperialistisch. Im Gegenteil: Mustapha Kemal und Jemal und mit ihnen die Führer des Volkes wissen ganz genau, daß sie ihr großes inneres Reformwerk nur durchführen können, wenn das Land a henpolitisch Ruhe hat. Die Türkei will keinen Krieg. Das ganze Leid des türkischen Volkes und mit der Grund, warum bisher grundlegende Reformen noch nicht durchgeführt werden konnten, ist ja darin zu suchen, daß die Türkei für einer Zeit vollendeter Stabilität unter Abdul Hamid 16 Jahre Krieg und außenpolitische Verunreinigung hatte.